

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 17. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2000-2004)

Sitzungsdatum: 20. März 2002
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.30 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Beat Meyer-Zehnder, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Ruth Greiner, Präsidentin
Dr. Anton Lauber, Vizepräsident
Dr. Leo Zehnder
Roman Meury
Bea Fuchs (bis 20 Uhr)
Paul Schüpbach
Nicole Nüssli

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter
Markus Rudolf-von-Rohr, Stv. Gemeindeverwalter
Christine Graf, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Gäste: ---
Entschuldigt: Arnold Julier
Kurt Kneier
Abwesend: ---

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates betreffend
Strassennetzplan gesamtes Gemeindegebiet und Teilrevision
des Strassenreglementes, 2. Lesung Geschäft 3224B
2. Orientierung über den Stand der gemeinderätlichen Projekte
per 31. Dezember 2001 bzw. 6. Februar 2002 Geschäft 3337
3. Berichte des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungsprüfungs-
kommission betreffend Ueberprüfung der Dienstleistungen der
Einwohnergemeinde Allschwil, Kürzungsvorschläge des Gemeinderates Geschäft 3336/A
4. Motion von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend
Plafonierung des Personalbestandes Geschäft 3333

- FRAGESTUNDE

Die Protokollführerin

Christine Graf

Einwohnerratsprotokoll Nr. 17 vom 20. März 2002

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Beat Meyer-Zehnder

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Der Vorsitzende **Beat Meyer** begrüsst die zahlreich Anwesenden zur heutigen Sitzung.

- Erstmals wurde mit dem Versand der Traktandenliste für die heutige Sitzung der Gemeinderatsbeschluss betreffend Vertretung/Stellungnahme zu sämtlichen traktandierten Geschäften an alle Ratsmitglieder versandt. Dafür geht ein Dankeschön an die Verwaltung.
- Hinweis auf den Beschluss des Büros des Einwohnerrates vom 7.1.2002, dass ab 1.1.2002 sämtliche Protokolltonbänder der genehmigten Plenarprotokolle – unter Berücksichtigung von § 77 Abs. 5 – gelöscht werden.

Bereinigung der Traktandenliste

Dr. Lukas Rosenthaler, namens der FIREKO, beantragt die Absetzung von Traktandum 6, Finanzplanung 2003 – 2007. Dies weil der Entscheid bezüglich Traktandum 3, Ueberprüfung der Dienstleistungen/Kürzungsvorschläge des Gemeinderates, den Finanzplan massgeblich beeinflussen wird, der aktuelle Teuerungsausgleich noch nicht darin berücksichtigt ist und der in Kürze vorliegende Rechnungsabschluss pro 2002 in den Finanzplan eingearbeitet werden soll.

Der Finanzvorsteher **Dr. Leo Zehnder** stimmt zwar zu, macht jedoch trotzdem beliebt, den Finanzplan traktandiert zu lassen. Nach der Beratung von Traktandum 3 würde er den Finanzplan im Namen des Gemeinderates zurückziehen, damit dieser nicht als Pendeuz in der Geschäftskontrolle erscheint. Eine Neuausarbeitung würde folgen.

Dr. Lukas Rosenthaler, namens der FIREKO, hält am Antrag auf Absetzung des Finanzplans fest.

://: Mit grossem Mehr wird der Finanzplan 2003 – 2007 von der heutigen Traktandenliste abgesetzt.

Der Vorsitzende **Beat Meyer** schlägt vor, die Motion von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffen Plafonierung des Personalbestandes, Geschäft 3333, innerhalb von Traktandum 3 (ad Punkt 4.1.) zu behandeln, da diese inhaltlich dorthin gehört.

Mark Aellen, SP-Fraktion, lehnt eine Vermischung von Traktanden ab und besteht auf der ursprünglichen Traktandenliste.

Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion, ist der Meinung, dass auf jedes Geschäft zuerst eingetreten werden muss und eine Verknüpfung von zwei Traktanden deshalb unmöglich ist.

://: Der Antrag von Beat Meyer auf gleichzeitige Behandlung der Traktandes 3 und 4 wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Der Vorsitzende **Beat Meyer** beantragt weiter, in der heutigen Fragestunde lediglich die schriftlich eingegangenen Fragen, und zwar bereits im Anschluss an Traktandum 2, Orientierung über den Stand der gemeinderätlichen Projekte, zu behandeln.

://: Dieses Vorgehen wird grossmehrheitlich gutgeheissen.

Neue parlamentarische Vorstösse

Rücktritte aus dem Parlament / Neue Parlamentsmitglieder

Jacqueline Misslin, FDP-Fraktion, ist per 4. März 2002 aus dem Parlament zurückgetreten. Der Vorsitzende verdankt ihre Arbeit und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute.

188 12.100 Strassen; Planung und Bau
01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal

**1. Bericht des Gemeinderates betreffend
Strassennetzplan gesamtes Gemeindegebiet und Teilrevision
des Strassenreglementes, 2. Lesung, Geschäft 3224B**

://:

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates betreffend „Strassennetzplan gesamtes Gemeindegebiet“ und „Teilrevision des Strassenreglementes“ wird wie folgt beschlossen:

2. Grossmehrheitlich wird die Teilrevision des Strassenreglementes in 2. Lesung gutgeheissen.
4. Grossmehrheitlich wird dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft beantragt, den „Strassennetzplan gesamtes Gemeindegebiet“ und die „Teilrevision des Strassenreglementes“ zu genehmigen.

Die Beschlussfassung über das Geschäft 3224B erfolgte in 2 Lesungen am 27.2. und 20.3.2002.

189 11.140 Gemeindeprojekte

**2. Orientierung über den Stand der gemeinderätlichen Projekte
per 31. Dezember 2001 bzw. 6. Februar 2002, Geschäft 3337**

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner:**

Mit der Bildung von Projekt-Arbeitsgruppen anfangs Legislatur 2000-2004 hat der Gemeinderat Neuland beschritten. Dies aus der Erkenntnis heraus, dass die Projekte komplexer geworden sind, diese oft auch ein departementsübergreifendes Thema haben und ganzheitlich angegangen werden müssen. Dies verlangt nach Teamwork, und dass sich diese Zusammenarbeit bewährt hat, zeigt sich im Bericht 3337, welcher eine Leistungsschau ab Legislaturbeginn im Jahr 2000 darstellt.

Der Gemeinderat lässt sich periodisch über den Stand aller Projekte informieren und kann dadurch – wenn nötig - Richtungsänderungen angeben und auf aktuelle Situationen reagieren. Die Geschäftsprüfungskommission hat gefordert, die im Amtsbericht 2000 erwähnten Projekte detaillierter zu beschreiben, was nun erfolgt ist. Der Projektstand erklärt sich damit, dass einige Projekte per 31.12.01 abgeschlossen oder per dieses Datum ein Projektbericht erstellt wurde. Weitere Projektberichte wurden per 6.2.02 nochmals aktualisiert.

EINTRETENSDEBATTE

Dr. Guido Beretta, namens der FDP-Fraktion, dankt dem Gemeinderat für das aufschlussreiche Papier, welches sich bestimmt auch auf die künftigen Fragestunden auswirke. Es entspricht den Vorstellungen der Fraktion.

Peter Humbel, namens der SP-Fraktion, dankt ebenfalls für den umfangreichen und gut gegliederten Bericht 3337. Er zitiert folgende gemeinderätliche Ausführungen auf Seite 4: „Hinsichtlich der weiterführenden Vorhaben stellt der Gemeinderat fest, dass keines der aktiven Projekte durch die aktuellen Finanzdispositionen in der Weiterbearbeitung in Frage gestellt wird...Der Gemeinderat ist auch der Meinung, dass sämtliche Projekte gemäss ihrer Zielvorgabe und unter Berücksichtigung von neuen Dispositionen weiterzuverfolgen sind. Die bereits erwähnte Finanzsituation soll nicht dazu führen, die Weiterentwicklung der Gemeinde im Sinne des Strategiepapiers zu vernachlässigen.“

Bei den weiterzuverfolgenden Projekten werden zahlreiche im Bereich der Sozial- und Familienpolitik aufgeführt. Kritisiert wird, dass trotz der zitierten Aussagen der Schwerpunkt der Sparvorlage 3336 genau in diesem Bereich liegt. Die SP-Fraktion ist für Eintreten auf Geschäft 3337.

Bruno Steiger, namens der SD-Fraktion, lobt die professionelle Ausführung des Berichts.

Felix Mensch, namens der CVP/SVP-Fraktion, hat den Bericht 3337 wohlwollend zur Kenntnis genommen. Störend sei für ihn lediglich der Begriff „Vollzugs-Apparat“ (Seite 4). Seiner Meinung nach führt die Verwaltung die von der politischen Ebene beschlossenen Entscheide aus und ist in dem Sinne ein Vollzugs-Apparat. Die CVP/SVP-Fraktion ist für Eintreten.

Ruth Greiner entgegnet, dass die Verwaltung zwar nach wie vor ein Vollzugs-Apparat sei, jedoch würden bei dieser Arbeit viele Fragen aufgeworfen, welche die Verwaltung zu Händen des Gemeinderates in Projektarbeit weiterentwickeln müsse und in diesem Sinne nicht nur ein reiner Vollzugs-Apparat sei. Wird der Personalbestand plafoniert, so wird damit auch die Projektarbeit eingeschränkt.

://: Eintreten auf Geschäft 3337 ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Seiten 1 - 5:

Mark Aellen, SP-Fraktion, ist aufgefallen, dass der Projekt-Bericht 3337 offensichtlich zu einem anderen Zeitpunkt geschrieben wurde als die Titelseite des Berichtes 3336, Ueberprüfung der Dienstleistungen (beide mit Verfassungsdatum 27.2.2002). Nicht alle im Bericht als weiterzuführend deklarierten Projekte werden vom Gemeinderat auch als finanzierungswürdig erachtet, denn bereits am 27.2. wurde der Vorschlag unterbreitet, das Personal-Informationssystem PIS zu kippen. Mark Aellen wünscht, dass in Zukunft die Titelseiten der Berichte der jeweiligen Situation angepasst werden.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner**: Das PIS ist nicht aus Spargründen sistiert worden, sondern aufgrund eines ungünstigen Kosten-/Nutzenverhältnisses.

Peter Hauser, CVP/SVP-Fraktion zum Allschwiler Wald (Seite 5): Studien der Universität Basel zeigen deutlich auf, dass der Allschwiler Wald stark übernutzt ist. Im Landrat BL steht die „Aufnahme des Gebietes Allschwiler Wald in das Inventar der geschützten Naturobjekte des Kantons Basel-Landschaft“ zu Beratung an. Dieses enthält auch das „Nutz- und Schutzkonzept Allschwiler Wald“. Es wäre sinnvoll, wenn dieses bald realisiert werden könnte, weil hier dringender Handlungsbedarf besteht.

Seiten 6 - 12:

Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Angebotsausbau im Einwohnerladen (Seite 6): Steht dieses Projekt den Sparmassnahmen nicht diametral gegenüber? Die Dienstleistungen der Verwaltung sollten eher abgebaut werden. Er wünscht keine unnötige Aufblähung des bestehenden Verwaltungsapparates.

Nicole Nüssli, DV Einwohnerdienste & Sicherheit: Der Verwaltungsapparat wird dadurch keinesfalls erweitert. Der Einwohnerladen „AllService“ ist ein Dienstleistungszentrum und die erste Anlaufstelle für die Einwohnerschaft. Damit wird eine bürgernahe Verwaltung praktiziert.

Alice Märky, FDP-Fraktion, betreffend Gemeindepolizei (Seite 7): Wird der Pikettdienst über die Notfallnummer Polizei Nr. 117 abgewickelt?

Gemeinderätin **Nicole Nüssli** bestätigt dies.

Verena Meschberger, SP-Fraktion, betreffend Wirtschaftsförderung (Seite 8): Wie sieht die neue Nutzung der Villa Guggenheim im Detail aus?

Roman Meury, DV Hochbau/Raumplanung: Das ehemalige Verwaltungsgebäude wird ab 1. April 2002 für 5 Jahre an die Firma Panalpina vermietet. 25 Arbeitsplätze konnten somit der Gemeinde Allschwil zugeführt werden. Die Villa wird seitens Panalpina einer sanften Renovation unterzogen. Der Mietzins ist gestaffelt, was heisst, dass die von der Panalpina investierten Mittel innert 5 Jahren mit dem Mietzins verrechnet werden. Der Mietzins fällt für die Gemeinde Allschwil vorteilhaft aus.

Seiten 13 - 21:
Kein Wortbegehren.

://:

Vom Bericht des Gemeinderates betreffend Orientierung über den Stand der gemeinderätlichen Projekte per 31. Dezember 2001 bzw. 6. Februar 2002 wird mit grossem Mehr Kenntnis genommen.

190 07.010 Budget
 07.011 Finanzplan/Jahreskontoblätter

3. Berichte des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungsprüfungs-kommission betreffend Ueberprüfung der Dienstleistungen der Einwohnergemeinde Allschwil, Kürzungsvorschläge des Gemeinderates, Geschäft 3336/A

Der Finanzvorsteher **Dr. Leo Zehnder** erinnert an die Budgetsitzung vom 12. Dezember 2001, an welcher ein Aufwand von CHF 69,2 Mio., Erträge von CHF 68.3 Mio. und ein daraus resultierendes Defizit von CHF 915'000 präsentiert wurde. Gleichzeitig mit dem Budget wurde vom Gemeinderat beantragt, den Steuerfuss auf 58 % zu erhöhen, womit der Finanzplan 2003 - 2007 inetwa hätte eingehalten werden können. Der Einwohnerrat hat daraufhin die Erhöhung des Steuersatzes auf lediglich 57 % beschlossen – entgegen den Warnungen des Gemeinderates. Dadurch hat sich die finanzielle Situation stark verschlechtert und der Gemeinderat sah sich veranlasst, die finanzielle Entwicklung Allschwils neu zu überdenken. Dieser Entscheid wurde bestätigt durch den Rechnungsabschluss 2001. Die Rechnung schliesst mit einem Defizit von CHF 2.59 Mio.; prognostiziert wurden CHF 1.7 Mio. Die wichtigsten Gründe dafür sind:

- Abnahme der Steuererträge von Natürlichen Personen und der Erbschaftssteuer
- Zunahme der Löhne von Lehrkräften und der Sozialversicherungsbeiträge.

Einsparungen sind lediglich beim Personalaufwand, beim Sachaufwand und den Beiträgen möglich. Dementsprechend ist auch der Bericht 3336 gegliedert und soll in dieser Reihenfolge behandelt werden. Wird den gemeinderätlichen Anträgen gefolgt, kann die defizitäre Situation verbessert werden (gemäss Beilagen1-5, Bericht 3336). Dr. Leo Zehnder bittet den Rat, den Anträgendes Gemeinderates zu folgen.

Dr. Lukas Rosenthaler, FIREKO-Präsident, hält nochmals fest, dass die Kommission die prekäre finanzielle Lage der Gemeinde Allschwil seit Längerem vorausgesagt hatte. Am 12.12.02 ist die FIREKO deshalb auch mehrheitlich für den höheren Steuersatz von 58 % eingetreten.

Der Präsident erläutert den schriftlichen Bericht 3336A im Detail. Grundsätzlich ist die Kommission mit den Sparmassnahmen einverstanden.

Der FIREKO-Bericht 3336A bildet einen integrierten Bestandteil dieses Protokollauszuges.

EINTRETENSDEBATTE

Alex Horisberger, namens der FDP-Fraktion: Der FIREKO-Bericht 3336A verweist auf eine „von Gemeinderat Dr. Leo Zehnder erwähnte zweite Sparrunde“. Die Fraktion ist deshalb der Ansicht, mögliche Sparmassnahmen müssten nicht in Etappen, sondern in einem Gesamtpaket vorgelegt werden, in dem auch gewisse Einnahmen geäufnet werden können. Es mache deshalb wenig Sinn, jetzt auf das Geschäft 3336 einzutreten. Der Fraktionssprecher erwartet vom Gemeinderat eine Gesamtvorlage mit allen Einnahmen, welche er in nächster Zeit vorsieht. Die FDP-Fraktion ist gegen Eintreten auf Geschäft 3336.

Jean-Jacques Winter, namens der SP-Fraktion, hat sich folgende Gedanken zum Bericht betreffend Leistungsabbau gemacht:

„Jede Gesellschaft, jeder Kulturkreis kennt eine Zeit, in der selbsternannte oder bestimmte oder gewählte Persönlichkeiten der Gesellschaft einen Spiegel hinhalten. Wo sind wir hingeraten? Was hat sich verändert? Welche Wege führen ins oder aus dem Labyrinth? Was sollten wir verändern? Wie wäre das Steuer zu halten? Wie sehen die anderen euch? In den meisten Kulturen ist das der 11.11. um 11.11h. Allschwil tickt anders: Bei uns heisst es 12.12. um 12 vor 12! In einer denkwürdigen Sitzung - noch nie war bisher der Einwohnerrat, auch früher nicht die Gemeindeversammlung, 6 Stunden sesshaft - vereint, nervös angespannt und bis zum Schluss entscheidungssuchend vereint. Einsam sind wir gewesen, fast ein tête-à-tête der Fraktionen mit 5 Personen im Zuschauerraum! Fazit: Das Thema Steuern hat das aktive Allschwil nicht aus der guten Stube gedrängt! Nur hat jene Sitzung ein kleines Problem hinterlassen: Das Budget pro 2002; einerseits von der Mehrheit begrüsst, andererseits standen ein paar verwegene Rechtspolitiker und die FDP nicht dahinter. Ich weiss, die FDP hat damals kräftige Budgetkürzungsanträge eingereicht, aber von der SVP bis zur SP war man sich einig: SO NICHT! Und dann die Steuersatzdiskussion: 56 % oder 58 %? Hier Dienstleistungen erhalten im Bewusstsein „das kostet“, oder in der anderen Waagschale: „Leistungen in ein schmales Finanzkorsett zwingen!“. Die SP und ein grosser Teil der CVP sind für ein Allschwil mit einem breiten Angebot für alle eingestanden. FDP, SVP, SD und ein paar Rechts/Mitte-CVPLer wollten partout den im Budget umschriebenen Leistungszielen den finanziellen Rahmen zusprechen. Fazit. Nicht an der Steuerdebatte, wie die FDP gedroht hat, stellt sich die Frage „Kannst du deinen Wählern/Wählerinnen noch in die Augen sehen?“ sondern in der heutigen Debatte. Welchen Verzicht muten wir der Bevölkerung zu? Diese Antwort wird heute interessant: Abbau an Dienstleistungen vor Steuererhöhung?

Am Zuzügerapéro spricht mit klaren Worten Toni Lauber, Gemeinderat, von der Bühne herunter: *Ihr habt die beste Gemeinde ausgewählt!* Und am gleichen Tag wird mir der Bericht 3336 zugestellt. Noch nie sind die gemeinderätlichen Worte so schnell verfliegen! Ich habe mir auch überlegt, was passiert wäre, hätte sich die FDP und ihre Freunde durchgesetzt: Steuersatz unverändert bei 56 %!, vermutlich für euch am Ende ein Debakel wie bei der Parkallee, und mit der gleichen Reaktion des Gemeinderates wie jetzt eine Ideensammlung für den Leistungsabbau in der Grössenordnung von CHF 1.2 Mio.! Wo? Den Unterhalt der Gemeindestrassen sistieren - bis die Löcher durchgehend sind? Die Aufhebung der Hälfte der Kindergärten - die sind ja noch freiwillig! Eine Gemeinde, die kein Geld hat - da kann man auch nichts klauen - also Abbau oder aufheben der Gemeindepolizei! Aber ich möchte hier der Ideenliste der kreativen SparpolitikerInnen nicht vorgreifen.

Eine andere Variante wäre: Der Gemeinderat macht nichts, was nicht in seiner Kompetenz liegt und führt uns dorthin, wo Leo Zehnder prophezeit hat: Im kommenden Dezember werden wir halt wieder über den Steuersatz reden müssen - aber hoffentlich vor 12 vor 12! Zum Steuersatz: Nach der letzten Steuersenkung hat Allschwil nicht Leben gewonnen, sondern allmählich verloren. Das war vor zehn Jahren. Fazit: Wir in Allschwil lebende Personen reagieren eher auf Sozial- und Gesellschaftsverlust als auf Steuerprocente! Variante 3: Wir stehen zu unserem Allschwil und alle sollen von den wichtigen, verbindenden, präventiven Angeboten profitieren dürfen. Und wir reden nochmals über die Einnahmenseite. Aber den Weg des Gemeinderates interpretiere ich so, dass er die am 12.12. um 12 vor 12 Uhr entstandene Diskrepanz von Budgetangebot und Budgetfinanzierung nicht als „fait accompli“ hinnimmt und aktiv geworden ist. Wie bringe ich die Erwartungen von allen in das zugestandene Finanzkorsett? Dass der Gemeinderat in den eigenen Möglichkeiten sucht, ist das eine - hier sind wir alle auf der Zuschauerbank und können nicht Einfluss nehmen!

Das Zweite macht mich eher stutzig: Der Gemeinderat legt eine Palette von Leistungsabbauideen vor, steht nach aussen grossartig dahinter, im Sinne von das sei die zweite, ultimative Möglichkeit (nach dem Steuerfuss), die Rechnung pro 2002 nicht allzu sehr zu versalzen. Jetzt liegt ein Papier vor - von euch verfasst - ganz Allschwil weiss davon - und wir spielen heute Abend zusammen „Schwarzer Peter“. Der Einwohnerrat hat diese Sparideen ja beschlossen! Im September war hier ein denkwürdiger Abend: Allschwil - quo vadis? Viele von uns sind recht wachgerüttelt worden. Allschwil, willst du weiterkommen, musst du deine Attraktivität steigern, und nicht den an den eigenen Geldbeuteln gemessenen Sparwünschen einiger VertreterInnen, die Gemeinschaftssozial- und Museabbau treiben. Ein Punkt aus dem Papier scheint noch erwähnenswert. Wenn schon die Gelegenheit besteht, Vorschläge zum Abbau vorzulegen, dann grosszügig. Ein Steuerprozent wird mit rund CHF 580'000 eingeschätzt. Im Papier sind Budgetverengungen von rund CHF 680'000 vorgeschlagen. Heisst das, das Ganze nicht zu eng sehen, die Ideen zum Leistungsabbau sind auszuwählen oder wenn schon Reduktion, dann sollen es möglichst viele spüren? Der Gemeinderat könnte im Budget noch weitere diskussionswürdige Dienstleistungsrutschbahnen finden oder ist gemeint, wenn wir dieses Sparpotential ausschöpfen, das auf Jahre hinaus wirksam sein wird, entfällt eine unangenehme, erneute Steuerdebatte - vor den nächsten Wahlen? Diese Kürzungsvorschläge sind an und für sich sehr problematisch. Das Budget ist gesprochen, publiziert, alle irgendwie verknüpften Interessengruppen haben ihre Planung und ihr Angebot auf unsere Zahlen abgestützt und ihren Mitgliedern oder Teilnehmenden die entsprechenden Zahlen mitgeteilt. Es kommt mir so vor, als ob wir in ein Lokal gehen und entsprechend der Karte Leberli, Rösti und Salat bestellen. Nach ellenlangem Warten erscheint eine Delegation aus der Küche und meldet: Leider hat im vorgesehenen Preis die Rösti keinen Platz. Ist es recht so? - Ich würde gerne die Gesichter unserer Gemeinderäte sehen. Der Gemeinderat hat reagiert und versucht, dem Finanzloch einen möglichst engen Hals zu lassen. Resultat: Abbau von Dienstleistungen, im Klartext: Sozialabbau, Stichwort Spielgruppen, jugendbegleitende Gruppen, kulturschaffende Gruppen, Frauen- und Männerrunden. Noch ein Wort zur Verantwortlichkeit bezüglich dieser Vorlage: Wir haben gerungen, um dem mehrheitlich abgeseigneten, im Budget formulierten Ziel einer verbindenden, sozialen, gemeinschaftsfördernden, mittragenden und auch nach aussen demonstrativen besten Gemeinde mit einem hohen Anspruch an Sicherheit für alle den finanziell nötigen Rahmen zu geben. Berechnend und für diese Ziele uneinsichtig hat ein Drittel dieses Rates den für alle Menschen sozialen Rahmen verweigert. Ich habe die Namen hier im Protokoll - man könnte diese Namen nennen. Wenn gespart werden muss, dann geht es an das Soziale: Bildung, Gemeinschaft, Kultur, Sicherheit – das ist sozial! Sparen geht an die Gemeinschaft. Ein anderes Potenzial ist nicht gross vorhanden. Und geht nun nicht wieder gegen die Mitarbeitenden unserer Verwaltung vor, dies sage ich auch für das Publikum. Diese Personen helfen uns das, was nach dieser Debatte für uns alle noch möglich ist, umzusetzen. Kurz und bündig: Wir haben ein Papier vor uns, das Allschwil mehr trifft als die 57 % - vielleicht nicht uns, aber diese Leute und noch viele mehr. Und jetzt – zu Händen der FDP - habt ihr das gemeint? Steht ihr hinter diesem Papier? Sprechen euch diese Seiten aus eurem Herzen? Wer diese Spardebatte angereizt hat und sie erst noch im AWB betonierte hat - 56 % wären genug - diese Personen sollen hier gerade stehen. Es geht klar um einen Grundsatzentscheid - nicht nur für ein Jahr - mit längerfristigen Folgen. Allschwil ist lebenswert und erlebenswert, dank städtischen und vorstädtischen Herausforderungen, dank dörflicher Ballenbergromantik, dank unserem Zusammenstehen. Und doch dümpeln wir wie eine Arche Allschwil der Zukunft entgegen. So geht es nicht. Wir müssen einen Weg für Allschwil finden. Aber nicht nach dem Tropfenprinzip.“ Die SP-Fraktion ist gegen Eintreten auf den Bericht 3336.

Bruno Steiger, namens der SD-Fraktion: Viele Familien werden mit immer mehr Steuern belastet und es gehe grundsätzlich nicht an, immer mehr zusätzliche Leistungen vom Staat zu verlangen. Wenn die Einnahmen die Ausgaben übersteigen muss gespart werden. Die gemeinderätlichen Sparvorschläge seien durchaus vernünftig und tragbar. Jetzt müssen alle Beteiligten sparen. Die Fraktion ist für Eintreten auf Geschäft 3336.

Felix Mensch, CVP/SVP-Fraktion: Der Steuersatz von 57 % ist beschlossen. Damit hat der Einwohnerrat den Gemeinderat bezüglich Sparen in Zugzwang gebracht und nun liegt das

Produkt davon auf dem Tisch. In der FIREKO war man der Meinung, die Sparanstrengungen seien einseitig. Es entstand der Eindruck, dass die Sparvorschläge von den Departementen willkürlich eingereicht worden sind. Jedoch müsse die Verhältnismässigkeit der einzelnen Ausgaben geprüft werden; so zum Beispiel das Ruftaxi, welches von der Gemeinde mit CHF 20 pro Fahrt subventioniert wird. Und genau diese Kategorie von Ausgaben muss beim Sparen geprüft werden.

Die Rechnung pro 2002 wird nicht positiver ausfallen als die Rechnung 2001, weil die Lasten zunehmen und die Einnahmen ungewiss sind. Die CVP/SVP-Fraktion ist für Eintreten.

Mark Aellen, SP-Fraktion, spricht sich gegen Eintreten auf Geschäft 3336 aus. Das Budget sei ein Voranschlag, der aussage, dass fixe Beträge für eine bestimmte Position vorgesehen sind; ist im Budgetplan nichts anderes vorgesehen, liegt es in der Kompetenz des Gemeinderates, diese Ausgaben zu gestalten.

Das Budget 2002 wurde am 12.12.2001 definitiv verabschiedet. Bei Geschäft 3336 wird nun eine Art Rückkommensantrag lanciert, welcher nicht haltbar ist. Deshalb ist diese Sparmassnahme zwar ins Auge zu fassen, aber längerfristig zu planen.

Das Postulat 3334 von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, verlangt eine Analyse der Dienstleistungen der Gemeinde Allschwil. Bei dessen Beantwortung erwartet der Sprechende eine vollständige Auflistung aller Dienstleistungen, und nicht nur derjenigen, die der Gemeinderat als streichenswert erachtet. Der Einwohnerrat kann ohne Kenntnis davon, wie teuer die Dienstleistungen sind und wo sie veranlagt werden, nicht entscheiden. In diesem Sinne ist der Bericht zu selektiv und nicht umfassend, weshalb kein objektiver Beschluss gefasst werden kann.

Beatrice Fuchs, DV Bildung/Erziehung/Kultur, entgegnet dem Votum Mensch, dass die Kürzungen im Gemeinderat mittels Mehrheitsbeschluss gefasst wurden, und nicht willkürlich. Das Kollegialitätsprinzip wurde ebenfalls eingehalten.

Felix Mensch, CVP/SVP-Fraktion, stellt fest, dass sämtliche Sparübungen in zwei Sparten erfolgt sind. Damit geht er davon aus, dass die übrigen Ueberprüfungen keine Resultate gebracht haben. Dies seien die Fakten.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, berichtigt die Aussagen von Jean-Jacques Winter wie folgt: Am 12.12.2001 hat die FDP-Fraktion einen Rückweisungsantrag zum Budget 2002 gestellt, mit der klaren Forderung, eine Reduktion der Gemeindeausgaben zu prüfen. Die Ratsmehrheit ist diesem Antrag leider nicht gefolgt. Daraufhin hat die FDP-Fraktion verschiedene Budget-Postulate mit Kürzungsvorschlägen unterbreitet. Auch diese wurden mehrheitlich abgelehnt. Schluss der Sitzung vom 12.12. bildete die Beschlussfassung für einen Steuersatz von 57 %. Er ruft in Erinnerung, dass das budgetierte Defizit bei einem Steuersatz von 58 % CHF 915'000 betragen hätte. Bei einem Steuersatz von 57 % beträgt das Budgetdefizit heute CHF 1.4 Mio. (jedes Steuerprozent entspricht Einnahmen von ca. CHF 500'000). Heute liege nun der Bericht des Gemeinderates betreffend Sparmassnahmen vor, welcher vom Einwohnerrat zu beschliessende Kürzungen von nur CHF 268'300 enthalte. Dabei sind auch bereits vorher gekürzte Dienstleistungen enthalten (z.B. Ruftaxi). Die in der Kompetenz des Gemeinderates liegenden Kürzungen haben einen Umfang von CHF 419'800.

Nachdem von der FIREKO eine 2. Sparrunde angekündigt wurde, ist eine Mehrheit der FDP-Fraktion heute der Meinung, dass der Einwohnerrat Anrecht auf einen ganzheitlichen Bericht hat, der alle Möglichkeiten auf der Einnahmen- und Ausgabenseite aufzeigt. Mit diesem Stückwerk (Bericht 3336) sei Allschwil auf dem besten Weg, den ersten Platz auf der Negativliste der Gemeinden einzunehmen. Dies zu unterstützen sei er keinesfalls bereit. Die FDP-Fraktion spricht sich gegen Eintreten aus.

Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion: Die Sparmassnahmen des Gemeinderates sind einseitig im Bereich Bildung-Erziehung-Kultur ausgefallen. In diesem Fall vermisst er das politische Fingerspitzengefühl des Gemeinderates. Sparbemühungen sollen auch in anderen Bereichen unternommen werden, und zwar nicht nur bei den Ausgaben (z.B. Fluglärmbekämpfung), sondern auch neue Einnahmemöglichkeiten gesucht werden (z.B. Ueberprüfung Nutzung

Areale Sturzenegger, Wegmatten). Die 2. Sparrunde ist auch für Ivo Corvini neu. Trotzdem ist er der Meinung, im Einwohnerrat soll ein Gesamtsparpaket beschlossen werden, welches auch eine Kontrolle zulässt. Ivo Corvini spricht sich gegen das Eintreten auf Geschäft 3336 aus.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, hält die Sparmassnahmen im Bereich Bildung-Erziehung-Kultur für gerechtfertigt, weil dieser Bereich den grössten Ausgabeposten ausmacht.

Finanzvorsteher **Dr. Leo Zehnder** hält den von der FIREKO lancierten Begriff „2. Sparrunde“ für unglücklich. Er hatte keine Kenntnis davon, dass dieser im FIREKO-Bericht erscheint und berichtet, dass er nie von einem zweiten Sparpaket gesprochen habe. Keinen Moment habe der Gemeinderat beabsichtigt, eine 2. Sparrunde durchzuführen. Er habe der FIREKO lediglich signalisiert, dass mit Bericht 3336 die Sparmassnahmen der Gemeinde Allschwil nicht zu Ende sind.

Bis jetzt habe er wenige konstruktive Vorschläge zum Sparen aus dem Rat vernommen, führt Dr. Leo Zehnder weiter aus. Deshalb stellt er einen „Runden Tisch“ in Frage. Der Gemeinderat präsentiere heute Abend eine ganze Reihe von konkreten Sparmassnahmen, die zu einem Zeitpunkt beschlossen werden müssen, vielleicht noch nicht heute, dann aber sicher später. Eine Null-Runde wäre der schlimmste Entscheid, der heute Abend fallen könnte.

Christoph Morat, SP-Fraktion, zitiert bezüglich 2. Sparrunde im Bericht des Gemeinderates Nr. 3336, Seite 12: Auswirkungen auf den Finanzplan 2003-2007: „... Somit sind zur Einhaltung der strategischen Zielsetzung „ausgeglichener Haushalt“ ab dem Jahr 2004 noch weitere Sparmassnahmen notwendig.“

Weiter kündigt er einen persönlichen Vorstoss an, welcher das Rückkommen auf den beschlossenen Steuersatz von 57 % fordert. Er bittet den Gemeinderat, die entsprechenden rechtlichen Anforderungen abzuklären.

Margaret Wagner, SP-Fraktion: Die vorliegenden Sparvorschläge sind vor allem kultur- und frauenfeindlich.

Dr. Lukas Rosenthaler, FIREKO-Präsident, hält fest, dass in der Kommission der Eindruck entstanden ist, der Gemeinderat plane eine 2. Sparrunde.

Mark Aellen, SP-Fraktion, kommentiert die Aussagen von Dr. Leo Zehnder dahingehend, dass es nicht um eine kategorische Ablehnung der Vorschläge des Gemeinderates gehe, sondern darum, einen fundierten und kompetenten Entscheid zu treffen. Dafür müssen sämtliche Dienstleistungen bekannt sein, was nur mit dem *Allwo*-Durchblick möglich wäre, da das Budget keine Dienstleistungen widerspiegelt.

://:

Auf den Bericht des Gemeinderates betreffend Ueberprüfung der Dienstleistungen der Einwohnergemeinde Allschwil, Kürzungsvorschläge des Gemeinderates, wird mit 23:12 Stimmen, 1 Enthaltung, nicht eingetreten.

191 01.070 Personal

Motion von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend Plafonierung des Personalbestandes, Geschäft 3333

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner**: Tatsächlich ist der Personalaufwand ein erheblicher Kostenfaktor, welcher bei Sparmassnahmen immer wieder diskutiert wird. Bei der Ausarbeitung des Berichtes 3336 hat sich der Gemeinderat auch sehr intensiv mit diesem Kostenpunkt auseinandergesetzt und abgewogen, ob Einsparungen möglich sind und auch ob eine

Personalplafonierung ins Auge gefasst werden soll. Dabei musste eingesehen werden, dass dies nicht die geeignete Lösung ist, um die Personalkosten zu limitieren. Das Verwaltungspersonal hat klar umrissene Aufgaben, die mittels Reglementen, Beschlüssen - teilweise sogar solchen vom Parlament – kompetent und innert nützlicher Frist, ohne Fehler und zufriedenstellend erfüllt werden müssen. Damit die Aufgabenerfüllung auf diese Weise stattfinden kann, muss genügend Personal zur Verfügung stehen. Ein Personalabbau hätte auch einen Dienstleistungsabbau zur Folge. Bleiben die Verwaltungsaufgaben unverändert auf dem heutigen Stand, so ist der aktuelle Personalbestand notwendig. Die Hälfte aller Personalkosten fallen im Bildungsbereich an, welcher nicht im Kompetenzbereich der Gemeinde liegt. Auch dem Gemeinwesen neu übertragene Aufgaben müssen bewältigt werden können und in diesem Fall muss es dem Gemeinderat möglich sein, eine massvolle Personalerhöhung vorzunehmen. Unter diesen Aspekten bittet der Gemeinderat den Einwohnerrat dringend, die Motion 3333 abzulehnen.

Die weiteren Forderungen der Motion zielen in die selbe Richtung, so weiter die Gemeindepräsidentin:

Es ist selbstverständlich, dass jede Stellenwiederbesetzung bei einer Kündigung genauestens geprüft wird. Auch wird die Wiederbesetzung nach Möglichkeit verzögert.

Die Struktur der Verwaltung wird seit der Strukturanalyse im Jahr 1995 laufend überprüft, und dies nicht zuletzt mit der Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung *Allwo*. Eine erneute Strukturanalyse ist deshalb nicht notwendig.

Stellentransfers und/oder Stellenumwandlungen werden innerhalb der Verwaltung selbstverständlich geprüft.

Ruth Greiner verweist abschliessend auf den Mitbericht der Personal- und Besoldungskommission, welcher die selbe Haltung einnimmt und den Gemeinderat in seinen Bemühungen unterstützt.

Die Gemeindepräsidentin bittet nochmals, die Personalplafonierung auf zwei Jahre abzulehnen.

Der Mitbericht der Personal- und Besoldungskommission zur Motion 3333 von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, bildet einen integrierten Bestandteil dieses Protokollauszuges.

Alex Horisberger, FDP-Fraktion, nimmt Bezug auf den Amtsbericht pro 2000, welcher in der Jugendmusikschule z.B. die Stellvertretung des Leiters mit 7.1 Stellenprozenten ausweist, was ca. 3 Wochenstunden entspricht. Bei einem Personalbestand von ca. 250 Personen sollte es seiner Meinung nach möglich sein, diese Stelle intern zu besetzen.

Zum Mitbericht der Personal- und Besoldungskommission stellt er fest, dass die aufgeworfenen Fragen mit einer gewissen Arroganz beantwortet wurden.

Mit Gemeinden in vergleichbarer Grösse sollte ein Benchmarking durchgeführt werden, um gegenseitig voneinander profitieren zu können.

Weiter stellt Alex Horisberger fest, dass der Gemeinderat im Personalbereich Einsparungen von CHF 200'000 ermöglicht hat. Diese Tatsache ist erfreulich.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Ein Personalstopp ist das falsche Mittel, um das gewünschte Ziel zu erreichen. Es stimmt, dass durch die Personalkosten eine schmerzliche Lücke im Budget entstanden ist. Ursache ist aber nicht ein zu hoher Personalbestand, sondern die Anforderungen des Kantons. Dass die Lehrkräfte Anrecht auf mehr Lohn hätten, sei ein vertretbares Anliegen. Fachkräfte können zudem nicht beliebig ersetzt werden.

Ein Vergleich mit der Gemeinde Reinach/BL hat ergeben, dass die Differenz im Personalaufwand unter CHF 1 Mio. liegt (gemäss Rechnung 2000). Also ist Allschwil in diesem Bereich absolut vergleichbar mit anderen Gemeinden dieser Grösse. Der Votant plädiert für die Ablehnung der Motion 3333.

Verena Meschberger, SP-Fraktion, teilt mit, dass die Pensen der Jugendmusikschule in der Regel zwischen 30 und 70 % liegen. Eine Stellvertretung kann nicht von einem beliebigen anderen Musikschullehrenden übernommen werden.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, strebt einen Personalstopp als Reaktion auf die abnehmenden Einwohnerzahlen an. Der Gemeinderat könnte die Motion als Goodwill entgegen nehmen, da ja

die Forderungen gemäss eigenen Aussagen bereits erfüllt sind. Aus diesem Grund unterstützt er den Vorstoss.

Im Mitbericht der Personal- und Besoldungskommission werde eine selbstherrliche Gesinnung zu Tage gelegt.

Er empfiehlt nochmals, die Sparbemühungen in allen Bereichen zu intensivieren.

Jürg Gass, SP-Fraktion, kann die Personalplafonierung nicht unterstützen, weil dadurch das Dienstleistungsangebot radikal eingeschränkt wird.

Kann bei einer Kündigung auf die Neubesetzung der Stelle verzichtet werden, wäre zu hinterfragen, mit welcher Tätigkeit sich der Stelleninhaber jahrelang beschäftigt hat.

Stellentransfers seien ebenfalls nicht unproblematisch. Diese sind intensiv zu prüfen und zudem keine geeignete Massnahme zum Sparen. Aus diesem Grund ist die SP-Fraktion gegen die Erheblicherklärung der Motion 3333.

Max Amsler, SD-Fraktion: Allschwil hat zur Zeit 18'236 Einwohner/innen, Reinach hat einige Hundert mehr. Deshalb ist ein Vergleich nicht möglich. Der heutige Personalbestand genüge vollauf, um der aktuellen Anzahl Einwohner/innen alle nötigen Dienstleistungen anbieten.

Peter Humbel, SP-Fraktion: Es wird heute erwartet, dass eine Verwaltung ähnlich einer privaten Firma geführt wird. Aus eigener Erfahrung weiss er, dass erst dann im Personalbereich gespart werden kann, wenn gewisse Leistungen nicht mehr erbracht werden müssen. Aktuell sind auf der Gemeindeverwaltung keine Dienstleistungen weggefallen, die eine Personalreduktion rechtfertigen würden.

Felix Mensch, CVP/SVP-Fraktion, stellt klar, dass es um das Beibehalten des Ist-Zustandes geht, welcher ohne Weiteres über zwei Jahre gehalten werden könnte. Falls ein aussergewöhnlicher Bedarf personeller Art entsteht, kann der Gemeinderat jederzeit erneut an den Einwohnerrat gelangen. Die Plafonierung bedeutet keine Einschränkung. Aus diesem Grund heissen er und seine Fraktion die Motion 3333 gut.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** verdeutlicht, dass weniger Einwohner/innen nicht gleichbedeutend mit weniger Mitarbeiter/einsatz ist. Die Dienstleistungen bleiben die selben. Lediglich bei neuen Aufgaben, welche das Gemeinwesen erfüllen muss, wird Personal aufgestockt. Der Gemeinderat will keinesfalls in den nächsten zwei Jahren neuen Stellen schaffen und prüft die Notwendigkeit einer Aufstockung sehr gut. Falls es aber notwendig ist, muss die Kompetenz beim Gemeinderat sein, flexibel zu handeln. Die Mitarbeitenden sind bereits stark belastet und der Personalbereich sei sehr sensibel. Es gehe darum, die sehr kompetenten und stark engagierten Mitarbeitenden zu behalten und dafür zu sorgen, dass die Arbeitsbedingungen stimmen. Der Personalstopp wäre deshalb ein falscher Weg und lässt dem Gemeinderat keinen Spielraum. Sie plädiert nochmals für Ablehnung der Motion 3333.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Mit dem Beschluss für einen zweijährigen Personalstopp würde der Einwohnerrat ganz klar in ein operatives Geschäft des Gemeinderates eingreifen und dadurch vermitteln, dass die Legislative kein Vertrauen in die Exekutive hat. Und diese Kompetenz habe der Einwohnerrat nicht.

Felix Mensch, CVP/SVP-Fraktion, wiederholt, dass kein Personalabbau zur Diskussion steht. Der aktuelle Personalbestand wird nicht angetastet und insofern wird der Gemeinderat auch nicht eingeschränkt.

Christoph Morat, SP-Fraktion: Ein Personalstopp kann nicht pauschal beschlossen werden, ohne das gesamte Dienstleistungsangebot der Gemeinde zu kennen. Und dieses setzt wiederum einen vollständigen *Allwo*-Katalog voraus. Zudem sind nicht alle Dienstleistungen, die Allschwil zu erbringen hat, beeinflussbar, weil sie teilweise durch kantonale Bestimmungen auferlegt werden. Und dort zu sparen, wäre dumm.

Der Motionär **Alex Horisberger**: In der Privatwirtschaft ist es üblich, dass neue Aufgaben auf den bestehenden Mitarbeiterstab verteilt werden. Dieses Vorgehen muss vermehrt angewendet werden.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Allen Anwesenden ist die Gemeindeverwaltung Allschwil bekannt. Jeder Anwesende hat deren Dienstleistungen schon einmal in Anspruch genommen und weiss, dass eine kontinuierliche Anlaufstelle wichtig ist. Mitarbeiter-Verschiebungen von einem Bereich zu anderen sind nicht zumutbar.

Wird das Personal zu stark belastet, wird auch die Leistung sinken, was sicherlich nicht im Interesse des Einwohnerrates liegt. Zudem arbeitet das Verwaltungspersonal auch für den Einwohnerrat. Die Personalpolitik des Gemeinderates und der Personal- und Besoldungskommission sei überlegt und zum Nutzen aller Betroffenen.

Christoph Morat, SP-Fraktion, warnt vor Vergleichen zwischen Privatwirtschaft und Gemeinden. Ein Gemeinwesen muss keinen Gewinn erwirtschaften, sondern Dienstleistungen für an einem bestimmten Ort wohnende Personen erbringen. Der Sparwille des Gemeinderates im Personalbereich gemäss Bericht 3336 ist deutlich spürbar.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion: Seinem Verständnis nach sei es selbstverständlich, dass bei neuen Aufgabenstellungen beim Einsatz der Mittel auch eine Personalaufstockung in Betracht gezogen wird. Er schliesst sich der Meinung von Felix Mensch an. Zu diskutieren wäre die Dauer des Personalstopps von 12 oder 24 Monaten. Eine Befürwortung der Motion durch den Gemeinderat würde dessen guten Willen in dieser Sache manifestieren, was nicht heissen soll, dass der Gemeinderat bisher nichts getan hat.

Ruth Greiner, Gemeindepräsidentin: Die Mitarbeitenden der Verwaltung sind nicht etwa für den Gemeinderat da, sondern für die Einwohnerschaft. Die Personaleinsatz liegt in der Kompetenz des Gemeinderates und die Personal- und Besoldungskommission ist das Aufsichtsorgan, das dem Einwohnerrat gewährleistet, dass der Gemeinderat richtig handelt. Die vorangegangenen Voten sieht die Gemeindepräsidentin als Misstrauensvotum gegen den Gemeinderat: Der Einwohnerrat traut dem Gemeinderat nicht zu, die Personalpolitik seriös und gewissenhaft zu verfolgen.

Es ist das erklärte Ziel des Gemeinderates, den Personalbestand für die nächsten zwei Jahre wenn immer möglich zu halten. Jedoch werden den Gemeinden vom Kanton laufend neue Aufgaben übertragen (z.B. schreibt das neue Bildungsgesetz eine/n Sozialarbeiter/in für Schulen vor). Aus diesem Grund benötigt der Gemeinderat einen Handlungsspielraum. Zum Benchmarking: Ein echter Vergleich ist sehr schwierig, weil sich Organisation und Strukturen in jeder Gemeinde stark unterscheiden. Vor einigen Jahren hat ein Vergleich gezeigt, dass der Personalaufwand der Gemeinde Allschwil der tiefste aller vergleichbaren Gemeinden war.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, weist darauf hin, dass es aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist, die Motion 3333 erheblich zu erklären, weil Punkt 4 der Forderungen, Prüfen von Stellentransfers und/oder Stellenumwandlungen innerhalb der Schulen, rechtlich nicht haltbar ist.

://

Die Motion von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend Plafonierung des Personalbestandes wird mit 19:17 Stimmen erheblich erklärt.

Gemäss § 121 Gemeindegesetz unterliegen die Beschlüsse des Geschäftes 3224B dem fakultativen Referendum.

Die Referendumsfrist läuft am Montag, 29. April 2002, 24.00 Uhr, ab.

FRAGESTUNDE

Schriftliche Fragen:

Christoph Morat, SP-Fraktion:

192 06.093 Verkehrssicherheit, Strassensignalisation, VPA
 06.091 Öffentliche Sicherheit

Situation an der Grenze zu Basel in der Region Lindenplatz – Bohrerhofquartier

Departementsvorsteherin **Nicole Nüssli**, Einwohnerdienste & Sicherheit:

Dem Gemeinderat ist dieses Problem nicht bekannt. Seitens Stadt Basel sind keine diesbezüglichen Reklamationen erfolgt. Auch das Parkraumregime um das Restaurant ZicZac scheint problemlos abzulaufen. Wäre dem nicht so, würde sich Basel-Stadt mit Sicherheit an die Gemeinde Allschwil wenden.

Zu den gutnachbarschaftlichen Beziehungen: Der Gemeinderat hält guten Kontakt mit den umliegenden Gemeinden sowie mit der Stadt Basel.

Christoph Morat: Kann man diese Fragen der Stadt Basel unterbreiten?

Nicole Nüssli: Das wäre möglich, aber da keine Negativ-Meldungen bekannt sind, hat man bisher auf eine Anfrage bei der Stadt Basel verzichtet.

Der Fragesteller dankt für die Beantwortung.

Christoph Morat, SP-Fraktion:

193 04.081 Benützungsbewilligungen für Gemeinderäumlichkeiten und Infrastruktur

WTA-Tennisturnier "Ladies Open" vom Sommer 2001 im Bachgrabengebiet, Nähe Jugendfreizeithaus

Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, **Roman Meury**:

Zu Frage 1: Wann wird die Wiese und die Baumreihe wieder ergänzt?

Der Ballfangzaun bei der Tennisanlage der Credit Suisse ist seiner grossen Höhe wegen von der Grenze zurückversetzt. Die seinerzeit im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens verlangte Bestockung des Ballfangzaunes befindet sich nicht auf dem Grundstück des Jugendfreizeithauses bzw. der Einwohnergemeinde, sondern auf dem Areal der Sport- und Freizeitanlage der Credit Suisse. Folglich ist die Wiederherstellung der Bestockung in finanzieller Hinsicht nicht Sache der Gemeinde, sondern die der Grundeigentümerin.

Die Renovation der Rasenfläche würde gemäss Rücksprache mit einer Offertstellerin Fremdkosten von rund CHF 3'800 verursachen. Die Areal-Benützungsgebühr betrug im Übrigen CHF 2'500.

Zu Frage 2: Wer kommt nun für den Schaden auf?

Die Kosten in Höhe von ca. CHF 3'800 für die Instandstellung des Rasens und der Wiederherstellung der Bestockung wird, gestützt auf die Vereinbarung vom 12. Juli 2001 und der mündlichen Zusage des Geschäftleiters, die Firma PreCon übernehmen. Die diesbezügliche schriftliche Bestätigung erfolgt im Anschluss an die Geschäftsleitersitzung der PreCon vom 28. Februar 2002.

Zu Frage 3: Wie begegnet der Gemeinderat in Zukunft solchen Begehren, die das Potential haben, der Allgemeinheit zu schaden?

Im Anschluss an das Gesuch für die Benützung der Allmend hat der Gemeinderat zusammen mit der Veranstalterin eine Vereinbarung ausgearbeitet, worin u.a. die erwähnten Instandstellungsarbeiten genauestens festgehalten sind. Diese Vereinbarung vom 12. Juli 2001 wurde allseits unterzeichnet. Die Gemeinde kann sich daher lediglich insofern etwas vorwerfen, als sie künftig weitergehende Referenzen über Gesuchstellende einholen wird.

Zu Frage 4 .Aus welchem Grund wurden die im Einwohnerrat geäusserten Bedenken verharmlost?

Mit der Bewilligung zur Durchführung des Tennisturniers hat der Gemeinderat versucht, in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht das Image der Gemeinde Allschwil zu heben.

Christoph Morat dankt für die offenen Antworten und hofft, dass sich der Gemeinderat auch in Zukunft in kultureller und wirtschaftlicher Interessen der Gemeinde Allschwil engagieren wird.

Damit ist die selbe Frage von **Mark Aellen**, SP-Fraktion, ebenfalls beantwortet.

Mark Aellen, SP-Fraktion:

194 06.097 Flugverkehr, Schutzverband, Forum

Budgetposition 780-364, Fluglärmbekämpfung

Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt **Paul Schüpbach**: Allschwil ist der am meisten vom Fluglärm betroffene Ort in der Region. Deshalb hat der Gemeinderat CHF 32'000 für die Bekämpfung des Fluglärms gesprochen. Die Verteilung des Betrags auf die beiden Organisationen Forum und Schutzverband liegt jedoch in der Kompetenz des Gemeinderates. Er ist auch ganz klar der Auffassung, dass es beide Vereine braucht, obwohl auf der Verwaltung eine 50 % Stelle eingerichtet wurde, die das Dossier Fluglärm bearbeitet und die sich sehr viel Know-how angeeignet hat. Der Schutzverband, in dem u.a. neun Gemeinden der Region vertreten sind, wird nach Meinung des Gemeinderates gute Arbeit geleistet, die sich nicht nur auf Allschwil fokussiert. Das Forum „Flughafen – nur mit der Region“ ist ein Allschwiler Verein, dessen Stossrichtung die speziellen Anliegen der Allschwiler Bevölkerung sind. Deshalb hat der Gemeinderat beschlossen, dass Allschwil zwar weiterhin Mitglied des Schutzverbandes ist und den Mitgliederbeitrag von CHF 4'000 bezahlt wie bisher, die restlichen CHF 28'000 jedoch dem Forum zur Verfügung zu stellen, welches die Allschwil-spezifischen Anliegen vertritt.

Zur Medienwirkung dieser Entscheidung: Die Medien haben die gemeinderätliche Haltung weitergegeben und grossmehrheitlich eingesehen, dass die spezifische Allschwiler Situation auch einer ebensolchen Lösung bedarf.

Der Fragesteller **Mark Aellen**, SP-Fraktion, dankt für die ausführliche Beantwortung. Er blickt auf die Vorgeschichte dieser Entscheidung zurück. Allschwil hat in der Vergangenheit den Schutzverband nicht nur mit einem Mitgliederbeitrag von CHF 4'000 unterstützt, sondern mit einem Äquivalent in der Höhe von ca. CHF 12'000 in Form von Infrastruktur. In allen Einwohnerratsdebatten zum Thema Forum und Schutzverband hat der Gemeinderat immer die Meinung vertreten, dass die Gelder gleichmässig zu verteilen sind. Die ausserordentlichen Aufwendungen an das Forum waren mit klaren Auflagen verbunden und hart umkämpft. Hintergrund bildete immer die Gleichbehandlung beider Vereine. Auch in der Budgetrunde vom 12.12.2001 lautete der allgemeine Tenor auf Gleichbehandlung, und einzig das Votum Mensch war dahingehend, der Gemeinderat solle die CHF 32'000 in eigener Kompetenz aufteilen. Diese Kompetenz zweifelt der Sprechende nicht an, jedoch habe es der Einwohnerrat versäumt, sein Anliegen

(Gleichbehandlung beider Organisationen) explizit im Voranschlag festzuhalten. Dies sei ein unverständlicher Entscheid, da keine Absichtserklärung vorausging. - Durch den Gemeinderatsentscheid wurde der Schutzverband geschwächt. - Der Name der Organisation Forum „Flughafen – nur mit der Region“ lasse zudem darauf schliessen, dass diese sich auf die ganze Region konzentriere und nicht nur auf Allschwil. Wie wird die Schwächung des Schutzverbandes seitens Gemeinderat kompensiert?

Paul Schüpbach: Der Bericht an den Einwohnerrat 3210B vom 18.10.2001 hat die von Mark Aellen geschilderte Sachlage genau dargelegt. Dabei hat der Einwohnerrat beschlossen, dem Schutzverband und dem Forum je CHF 16'000 zur Verfügung zu stellen. Im Budget 2002 war dies mit der Gesamtposition 780-364 „Fluglärmbekämpfung“ von CHF 32'000 nicht mehr der Fall.

Festgehalten wurde ebenfalls, dass auf der Gemeindeverwaltung ein Kompetenzzentrum „Flugverkehr/Flughafen/Fluglärm“ geschaffen wird, welches sich allen Fragen dieses Themenkreises anzunehmen hat.

Der Gemeinderat hat nicht im Sinn, auf den Entscheid Schutzverband = CHF 4'000 Beitrag und Forum = CHF 28'000 Beitrag zurückzukommen. Dass dieser Entscheid für den Schutzverband einschneidend ist, ist klar, aber es dürfe nicht der Fall sein, dass auf der Gemeindeverwaltung Arbeiten für einen privaten Verein geleistet werden. Im Übrigen hat die Gemeinde Binningen ihren Mitgliederbeitrag von CHF 2'000 einmalig auf CHF 5'000 für das Jahr 2002 erhöht.

Der Fragesteller **Mark Aellen** dankt für die Antworten.

Alex Horisberger, FDP-Fraktion:

195 06.071 Wirtschaftsförderung

Stand der Allschwiler Wirtschaftsförderung

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner:**

Zu Frage 1: Die Arbeitsgruppe Wirtschaftsförderung besteht selbstverständlich noch; deren Mitglieder sind: Gemeinderäte Dr. Leo Zehnder und Roman Meury, Gemeindeverwalter Max Kamber, Gemeindepräsidentin Ruth Greiner, seitens der Wirtschaft die Herren Walter Schneider, Edouard Viollier, Werner Fischli, Toni Richner und Jean-Louis Mischler. Am 2. April 2002 wird die Arbeitsgruppe ein nächstes Mal tagen. Dabei geht es um den Ausbau des Innovationszentrums zu einem Innovations-Park.

Zu Frage 2: Der Standort Allschwil ist für die Wirtschaft nach wie vor attraktiv. Die Wirtschaftsförderungsbroschüre zeigt diese Vorteile klar auf: die Anbindung an internationale Verkehrsverbindungen, die Nähe zur Stadt Basel mit dem kulturellen Angebot und die Zentrumsleistungen generell.

Zu Frage 3: Alle neue in Allschwil ansässigen Betriebe werden vom Gemeinderat mit einem Schreiben und Informationsmaterial zur Gemeinde begrüsst. Im Jahr 2001 waren dies über 100 Betriebe. Der Aufwärtstrend der Steuereinnahmen von juristischen Personen zeigt, dass zahlreiche neue Firmen angesiedelt wurden, aber auch dass die bestehenden Betriebe florieren.

Zu Frage 4: Für Wegzüge gibt es die verschiedensten Gründe, wie bei den natürlichen Personen auch. Unterstützung finden die in Allschwil ansässigen Betriebe seitens Verwaltung bei Gemeindeverwalter Max Kamber sowie der Hauptabteilung Hochbau/Raumplanung.

Zu Frage 5: Kontakte zu den Allschwiler Betrieben bestehen, ebenso zum Wirtschaftsförderer beider Basel. Aber auch bestehende Betriebe sollen gepflegt und unterstützt werden.

Alex Horisberger, FDP-Fraktion, fragt an, wie viele Betriebe im Jahr 2001 ungefähr abgewandert sind.

Ruth Greiner kann keine detaillierten Zahlen nennen, weist jedoch auf die zunehmenden Steuereinnahmen von juristischen Personen hin.